

Erörterung „Sammelpriorität“ und Resümee der Veranstaltungsreihe

Thematische Ziele

- Ziel VI: Umweltschutz und Förderung der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen
Ziel VII: Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen
Ziel IX: Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut

26. Oktober 2012 (Freitag)

Zusammenfassung des Veranstaltungstages

Reiner Kneifel-Haverkamp, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, begrüßte die Teilnehmer/innen der Veranstaltung und stellte das Tagesprogramm vor.

Antonia Schneider, EFRE-Verwaltungsbehörde, berichtete über Neuigkeiten aus einer Veranstaltung, die am Vortag im Bundeswirtschaftsministerium unter Beteiligung der EU-Kommission stattgefunden hat. Dort betonte die EU-Kommission, dass eine Gießkannenförderung nicht gewünscht wird. Die Förderung soll auf möglichst wenig Ziele konzentriert werden. Das Ziel II erhält eine höhere Bedeutung, allerdings soll die Förderung vornehmlich aus dem ELER erfolgen.

Die Entscheidung über die operationellen Programme soll nicht dem politischen Willen überlassen werden. Die Begründung für die Auswahl der Ziele ist aus der sozioökonomischen Analyse abzuleiten. Für Brandenburg bedeutet das, dass wahrscheinlich bei einigen Zielen noch nachgearbeitet werden muss.

Die GEFRA Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen hat den Auftrag erhalten, die Partnerschaftvereinbarung zwischen KOM, Mitgliedsstaat und Regionen zu erarbeiten, die Vorstellungen dazu wurden bei der vorgenannten Veranstaltung vorgestellt.

Bisher gibt es noch keine rechtsgültige Grundlage für Entscheidungen zum Operationellen Programm, da u.a. die entsprechenden Verordnungen nur im Entwurf vorliegen.

Die EU-Kommission möchte Ende November den mehrjährigen Finanzrahmen vorstellen.

Vorträge

- Im Anschluss stellte **Edith Leonhard, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**, die Ansatzpunkte des Ministeriums zur neuen Förderperiode vor. Das MUGV beschränkte sich jedoch nicht auf das Ziel VI, sondern wies auf Anknüpfungspunkte zu mehreren thematischen Zielen hin.

Sie betonte, dass Ressourcenverfügbarkeit ein zentraler Wettbewerbsfaktor ist. Dementsprechend muss dem Ressourcenschutz eine angemessene Bedeutung zukommen. Zu erreichen ist das unter anderem durch Wiederwendung von Ressourcen, Verlängerung von Lebenszyklen sowie die Möglichkeit von Rückgewinnung bzw. Sekundärrohstoffnutzung.

Für den Ressourcenerhalt, also die Sicherung einer intakten Umwelt, sind aktive Schutzmaßnahmen nötig. Dazu gehören die Gewährleistung von Trinkwasserverfügbarkeit und -qualität, die Beseitigung von Giftakkumulation, die Sicherung einer guten Luftqualität sowie die Reduzierung von Lärmemission. Dies alles beeinflusst die Standortqualität, es handelt sich deshalb auch um Wettbewerbsfaktoren.

Die EU macht Vorgaben z.B. im Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa und der Biodiversitätsstrategie.

Frau Leonhard benannte konkret die Herausforderungen der Steuerung des Landschaftswasserhaushaltes, des Hochwasserschutzes sowie der Anpassung der Landnutzung.

Diese Aufgaben lassen sich nicht ohne die regionalen Akteure bewältigen, die Verbraucher, es bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes.

Die laufenden Programme werden ausgewertet und Gespräche mit Verbänden geführt.

Potentielle Investitionsprioritäten sieht sie in der Abfallwirtschaft (Stichworte: getrennte Siedlungsabfallerfassung, Altdeponien, v.a. im ländlichen Raum Thema Abfalltrennung und Effizienz steigern, novellierte EU-Abfallrahmenrichtlinie), Wasserwirtschaft (Abwasserkanalnetze und auch bei Wasserversorgungsanlagen mit Modernisierungsbedarf), im Kulturerbe (Schutz des Naturerbes in Ergänzung des Kulturerbes) und in der Erhaltung der Biodiversität/ Ökosystemdienstleistungen (v.a. durch Konzepte, Unterstützung von Naturerlebniseinrichtungen, Ausschilderungen im Wald). Es gibt dabei viele Überschneidungen zu den anderen Zielen.

Außerdem führte sie die Sanierung von Industriebrachen und die Beseitigung von Rüstungsaltslasten, da in einigen Landkreisen erhebliche Schwierigkeiten bestehen, Flächen zu sanieren. Es ergäbe sich ein positiver Umwelteffekt, die Flächen könnten neu genutzt werden. Allerdings bedarf es einer Abgrenzung von Maßnahmen der Altlastenhaftungsfreistellung. Wer Träger solcher Maßnahmen werden soll (Gemeinden oder Eigentümer, Entwicklungsgesellschaften), ist noch nicht geklärt. Hier sei Mitdenken erfordert.

Die Sicherstellung einer verminderten Luftverschmutzung ließe sich zumindest teilweise mit anderen Infrastrukturmaßnahmen koppeln, hier müsste eine Kooperation mit zuständigen Ressorts, z.B. für soziale und Verkehrsinfrastrukturen forciert werden. Der Bedarf für diesen Bereich wurde ermittelt.

Ein weiteres Handlungsfeld sieht das MUGV in der Unterstützung von Qualifizierungen und außerschulischer Bildungseinrichtungen. Hier geht es auch um Netzwerkarbeit und Konzepte in Hinblick auf Modernisierung Energieerzeugung und die Anpassungen an den Klimawandel, v.a. Netzwerkarbeit und Konzepte. Eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen wäre dabei sinnvoll.

Die Verbesserung der Schiffbarkeit von Landeswasserstraßen, die in der aktuellen Förderperiode noch gefördert wird, lässt sich in diesem Ziel nicht verorten, vielleicht sogar gar nicht aufgrund des geringen Beitrags zu Wettbewerbsfähigkeit.

Sie wies darauf hin, dass die Möglichkeiten der öffentlichen Förderung immer geringer werden, so z.B. auch im EU-Förderprogramm LIFE.

[Zu diesem Vortrag liegt keine Präsentation vor.]

Reiner Kneifel-Haverkamp, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, betonte, dass hier verdeutlicht wurde, wie kompliziert es ist, die politischen Ziele des Landes auf die thematischen Ziele der EU herunterzubrechen.

Julia Steinert, WWF, fragte, ob das Thema „Biodiversität“ nur an den Tourismus gekoppelt wird und ob dadurch nicht reine Naturschutzmaßnahmen gefährdet werden. Außerdem wollte sie wissen, ob die Rückgewinnung von Auenlandschaften als Hochwasserschutzmaßnahme geplant ist.

Frau Leonhard antwortete, dass ein gesunder Ausgleich erforderlich ist. Es ist zu analysieren, was über die Förderung aus dem ELER hinaus noch notwendig ist. Es muss eine Abgrenzung zwischen dem urbanen und dem ländlichen Bereich geben.

Hinsichtlich der Auenlandschaften führte sie aus, dass es wünschenswert würde, dies bei Hochwasserschutz zu fördern, es aber nicht realistisch ist.

Ebenso wäre eine Stärkung Umweltpartner wünschenswert (vielleicht über Ziel XI), man müsse sich jedoch fragen, ob nach dem, was die EU möchte, diese Unterstützung noch möglich sei in Brandenburg.

Antonia Schneider, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, sah hier eher die Technische Hilfe als zutreffend, die inhaltliche Ausgestaltung und finanzielle Ausstattung der Technischen Hilfe seien jedoch noch nicht bekannt. Voraussichtlich werde es aber keine Förderung von Personalstellen geben. Hier gebe es haushaltsrechtliche Probleme, außerdem sei der Aufwand recht hoch.

Sabine Schneider, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, forderte die Stärkung der NGOs, um besser die europäischen Fördermöglichkeiten, wie z.B. auch LIFE besser nutzen zu können. Sie sollten dabei auch aus EU-Mitteln finanziell unterstützt werden.

➤ **Jürgen Schweinberger, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**, berichtete in seinem Vortrag, dass in der Stadtentwicklung der Multifondsansatz bereits gelebt wird. Es handelt sich bei der Stadtentwicklung um eine Querschnittsaufgabe, die nicht auf ein Ziel konzentrierbar ist.

Nach der Idee benachteiligter Stadteile wird nunmehr ein gesamtstädtischer Ansatz umgesetzt. KMU spielen eine Rolle, in Ansätzen auch energetische Fragen.

Die Brandenburger Städte sind jetzt schon stark vernetzt in einem deutsch-österreichischen Netzwerk, auch innerhalb Brandenburgs gibt es ein Städte-Netzwerk, in dem partnerschaftlich zusammengearbeitet wird. Die Städte bezeichnen sich als Träger von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Auch die Konzentration wird jetzt schon in der Stadtentwicklung realisiert (nur 15 EFRE-Städte).

Die Einordnung als Übergangsregion bedeutet für Brandenburg die letzte Phase nachhaltiger Fördermöglichkeiten in dieser Höhe, deshalb sollte genau geschaut werden, wo die Lücken sind, welche Prioritäten gesetzt werden müssen.

Die Belange der Stadtentwicklung verteilen sich auf mehrere Ziele verteilt (III, IV, VI, IX), was auch in die Kabinetttvorlage Eingang fand.

Momentan gibt es eine Diskussion darüber, ob ein Energiefonds wirklich nur für Städte eingerichtet werden sollte (Empfängerkreis) und ob wirklich nur die Energieeffizienzmaßnahmen gefördert werden können oder nicht auch die begleitenden Maßnahmen (Fördergegenstände).

Ziel VI ist wichtig in Hinblick auf schrumpfende Städte und damit verbunden Rückbau und Renaturierung.

Die Konzepte für die Stadtentwicklung gibt es schon, sie müssen teilweise fortgeschrieben werden.

Das MIL tritt mit den Städten in die Phase der Projektorientierung, damit gleich am Anfang mit Förderung begonnen werden kann. Das MIL kann mit dem neuen Instrument ITI¹ gut leben, da es den bisherigen Ansätzen der Nachhaltigen Stadtentwicklung in Brandenburg entspricht.

Es wird ein geändertes Auswahlverfahren geben: alle Städte mit zentralörtlicher Bedeutung und einem integrierten Standortentwicklungskonzept (INSEK) oder Gleichwertigem.

Für die Förderungen wurden fünf Leitthemen identifiziert (siehe pdf). Der Strategieansatz findet hohe Akzeptanz bei den Kommunen (von Grund auf evaluiert). Der Diskurs wird jetzt schon durchgeführt, auch wenn die finanziellen und anderen Rahmenbedingungen noch nicht bekannt sind. Es finden Planspiele statt, um Projekte zu identifizieren, die prioritär und wichtig sind, wobei der Fokus stark auf dem EFRE liegt.

Die Förderstrategie wird diskutiert und konkretisiert, dann werden die Kommunen aufgerufen, in eine erste Phase der Projektentwicklung zu gehen.

Aus Sicht des MIL bringt der Multifonds-Ansatz mit sich, dass sich die Partner vor Ort verständigen müssen, woraus welche Projekte finanziert werden sollen. Daraus sind dann die Zuständigkeiten in der Landesregierung ableitbar.

[ausführlich: siehe [Referat2 Stadtentwicklung.pdf](#)]

Christel Langhoff, Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, fragte nach, wie das Querschnittsziel Gleichstellung/Chancengleichheit einbezogen werde.

Herr Schweinberger antwortete, dass das Ziel noch nicht so eng fokussiert sei. Das Querschnittsziel müsse ohnehin immer beachtet werden. Was das für die zukünftige Förderung bedeute, wird noch weiter heruntergebrochen werden.

➤ **Egbert Neumann, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**, betonte ebenfalls, dass die Fokussierung auf nur ein Ziel oder Fonds schwer möglich sein wird. Auch hier handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe und von allen gewünschte Dienstleistung. Hier wird es einen großen Paradigmenwechsel geben.

In der aktuellen Förderperiode gibt es ein Bundesverkehrsprogramm und auch auf Landesebene eine bisher gute Mittelausstattung. Demnächst werde es viel kleinteiligere Maßnahmen geben, da die großen Maßnahmen realisiert sind.

Es geht darum, zielgenau Engpässe und Schwierigkeiten abzubauen. Hierbei sei eine stärkere Verknüpfung zwischen EFRE und ELER gefragt.

Ortsdurchfahrten bei Landesstraßen sind immer noch sehr problematisch (schlechter Ausbau/Modernität, auch Probleme im Hinblick auf die Entwässerung).

Im Vordergrund werden die Senkung von CO₂ und Elektromobilität (E-Fahrräder von Bedeutung, neue Bereiche, Straßenbahnen) stehen. Der demographische Wandel ist nicht nur Thema des ländlichen Raums, sondern auch der Städte.

[ausführlich: siehe [Referat3 Mobilitaet.pdf](#)]

Sabine Schneider, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, verwies auf die Nachhaltigkeitsbewertung für Landesstraßen und fragte, ob ähnliches auch für die nächste Förderperiode vorgesehen sei.

¹ ITI = Integrated Territorial Investments

Herr Neumann erwiderte, dass schon bei Auswahl die Nachhaltigkeit beachtet werden sollte.

Jürgen Neumüller, Infrastruktur & Umwelt, fragte, ob gemeinsame Projekte mit Berlin geplant (z.B. ÖPNV) seien.

Herr Neumann führte dazu aus, dass dies beim Mobilitätsmanagement versucht werde, aber sehr „berlingetrieben“ sei. Trotzdem könnte das Thema nicht in Berlin verortet werden, da viele Probleme auch durch Brandenburg verursacht würden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, das Thema Verkehr gemeinsam zu bewältigen. Die gemeinsame Konzeption von Angeboten funktioniert schon ganz gut, allerdings fehlt manchmal noch die Hardware. Das verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsmanagement ist in Brandenburg noch nicht so weit entwickelt. Es wurde versucht, um den Flughafen BER herum eins zu etablieren.

➤ **Sigrun Paepke, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**, stellte den integrierten Handlungsansatz von Bildung, Jugend und Sport vor. Es ist vorgesehen, zukünftig stärker fondsübergreifend zu arbeiten. Der Bildungsansatz findet sich in mehreren Zielen (wurde auch bei CO₂ behandelt).

Das vorhandene Geld soll vordringlich für zukunftsbezogene Projekte genutzt werden. Besonders wichtig sind hierbei Bildung und Fachkräftesicherung.

Sie stellte den Bezug zur Landespriorität „Gute Bildung von Anfang an – Eine Schule für alle“ her, ein Ansatz, der auch im Sinne der Chancengleichheit zu verstehen ist. Wichtiges Ziel ist dabei die verbesserte Durchlässigkeit von Bildungsangeboten.

In die Strategie wurden alle Bildungsbereiche einbezogen (Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung). Entscheidend dabei sind regionale Entwicklungskonzepte, auf denen dann die Entscheidung.

Ziele sind z.B. die Reduzierung der Schulabgänger ohne Abschluss, Erhöhung der Ganztagsangebote und die Inklusion. Die Strategie des MBSJ ist grundsätzlich auf die regionale Ebene konzentriert und fondsübergreifend gedacht. Neben der Förderung von Ausgaben aus dem ESF werden auch aus ELER und EFRE Mittel benötigt für Investitionen.

[ausführlich: siehe [Referat4_Bildung.pdf](#)]

Roman Zinter, Brandenburger Landesverband der Arbeits-, Bildungs- und Strukturförderergesellschaften e.V., zeigte sich erstaunt, dass unter dem Ziel Armutsbekämpfung das Thema „eine Schule für alle“ konzentriert werden soll. Aus seiner Sicht verbinde die EU tatsächliche Armutsbekämpfung damit. Er hätte eher erwartet, dass der ESF mit der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit dieses Ziel belegen würde. Insofern ist er erstaunt, dass jetzt auch der präventive Bereich einbezogen wird.

Frau Schneider, Verwaltungsbehörde EFRE, erwiderte, dass die Benennung der thematischen Ziele manchmal irreführend sei. In diesem Ziel sind Förderungen möglich, die in anderen Zielen eher aus ESF möglich gewesen wären. Da eine Konzentration notwendig sei, mussten Ziele gewählt werden, die mehrere Bereiche abdecken können.

Toralf Schiewitz, Euroregion Pro Europa Viadrina, fragte in Bezug auf die in der SWOT-Analyse angesprochene Transnationalität, wie es mit der Sprachausbildung für Lehrer/innen aussieht.

Frau Paepke erwiderte, dass die Fragen zur Lehrerbildung noch nicht endgültig geklärt sind. Im bestehenden Programm gibt es Förderungen über den ESF.

Herrn Schweinberger war nicht klar, wie die Konzeptionierung erfolgen soll und wie sich der Zeitplan darstellt. Da es sich aus seiner Sicht überwiegend um den konsumptiven Bereich handele, müsste doch eher auf den ESF abgestellt werden.

Frau Paepke führte dazu aus, dass es mit den regionalen Partnern vor Ort einen Planungsvorlauf geben wird. Hier wird es zu Überschneidungen mit dem MIL-Prozess kommen, weshalb eine Abstimmung notwendig ist. Es geht auch um den ländlichen Bereich. Es wird nicht sofort am Anfang der Förderperiode bewilligungsreife Projekte geben, außer vielleicht in Städten, die aufgrund der Erfahrungen der aktuellen Förderperiode schon weiter im Prozess sind. Sowohl konsumptive als auch investive Förderungen sind geplant. Wichtig ist die Umsetzung der Konzepte in reale Räume (Klassen müssen kleiner werden, Klassen- und Spezialräume, akustische Maßnahmen für Hörschädigte etc.).

Die Frage von **Herrn Schweinberger**, ob es damit schon Erfahrungen gibt, bejahte **Frau Paepke** mit dem Verweis auf die Verknüpfungen zwischen Nachhaltiger Stadtentwicklung und inklusiver Bildung in Abstimmung mit der Verwaltungsbehörde EFRE.

Dr. Silvia Rabold, Verwaltungsbehörde ELER Brandenburg, wies auf den CLLD²-Ansatz hin.

Hierbei handelt es sich um von der Bevölkerung betriebene Ansätze zur Entwicklung. Die VB ELER sieht für Brandenburg darin eine große Chance, zumal auf Erfahrungen aus LEADER (aber mit Einschränkung auf die ländliche Entwicklung) zurückgegriffen werden kann.

Die Verwaltungsbehörden stehen zu diesem Thema in Verhandlung. EFRE und ESF müssten von ihrem Budget Mittel für den CLLD-Ansatz abgeben. Am 28. November findet die ELER-Jahrestagung statt, u.a. mit einem Workshop zum Thema CLLD.

www.eler.brandenburg.de

- **Dr. Martin Pohlmann, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**, befasste sich in seinem Vortrag mit dem Querschnittsziel Nachhaltigkeit. Meist wird darauf verwiesen, dass sich ein Projekt rechnen, es tragfähig sein müsse. Doch es rechnet sich häufig nur für die Wirtschaft, nicht unbedingt für die Gesellschaft und die Umwelt/Ressourcen.

Der Rat hat die Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung angemahnt, dies soll 2014 geschehen. Voraussichtlich im nächsten Jahr wird es den Beschluss zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg geben.

Dr. Pohlmann betonte die Bedeutung der Messbarkeit von Nachhaltigkeit. Er empfahl, schon in einer frühen Phase der OP-Erstellung ein Nachhaltigkeitscheck durchführen.

[ausführlich: [Referat5_Nachhaltigkeit.pdf](#)]

- **Christel Langhoff, Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie**, referierte zum Querschnittsziel Chancengleichheit. Sie verwies darauf, dass zukünftig der Fokus stärker auch auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung gesetzt wird.

Noch nicht geklärt ist, was „nationale Gleichstellungsstellen“ sind (Landesgleichstellungsbeauftragte?), da es hierzu noch keine Verständigung gab. Die EU-KOM rät, die Stellen (Gleichstellung, Nichtdiskriminierung) von Anfang an einbeziehen und das auch darzustellen

² CLLD = Community Led Local Development

Sie konstatierte, dass es zwar die fondsübergreifende AG Chancengleichheit gebe, dort aber keine Experten für bestimmte Themen säßen; es sei sinnvoll und wichtig, nicht nur eigenes Wissen einzubringen, sondern externes Wissen einzuholen. Deshalb ist es wichtig zu klären, wie das Fachwissen geholt werden soll und wie eine Beeinflussung nicht nur der Strategieentwicklung sondern auch bei der Richtliniengebung erreicht werden kann. Eine grundlegende Prüfung auf Richtlinien-ebene unter Beteiligung von Experten, erspart später Mühe/Ärger und hilft auch dem Antragsteller.

Bisher gibt es keine aussagekräftigen Indikatoren zur Messung der Gleichstellung. Diese sollte von den Ex-Ante-Evaluatoren schon ausgearbeitet werden.

Wenn das Querschnittsziel Chancengleichheit tatsächlich eine Ex-Ante-Konditionalität wird (noch in Verhandlung), dann werden Strategien notwendig sein, dies umzusetzen.

Die Barrierefreiheit wird künftig noch wichtiger werden.

Der Bereich Armutsgefährdung ist nicht so sehr ein Thema für den EFRE.

[ausführlich: [Referat6 Chancengleichheit.pdf](#)]

Redebeiträge

- **Harry Nöthe, Handwerkskammer Potsdam**, berichtete, dass eine gemeinsame Stellungnahme auf dem Handwerkskammertag verabschiedet worden und am Rande dieser Veranstaltung der Verwaltungsbehörde übergeben worden sei.

Aus seiner Sicht sind wichtige Punkte zu beachten:

- ⇒ Erhalten der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), auch der kleinen Richtlinie,
- ⇒ Erhalten der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, auch stark im ländlichen Bereich (damit Lehrling umfassende Ausbildung bekommt, wenn der Betrieb vor Ort ein sehr schmales Portfolio hat),
- ⇒ Förderung der Existenzgründung (Bundesprogramm Existenzgründungszuschuss stark reduziert); Gründung ist immer ein Risiko, deshalb Unterstützung wichtig bei Gründungen; ohne Gründung keine Wirtschaft,
- ⇒ Wenn Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Straßenbau) durchgeführt werden, gibt es häufig Probleme bei den örtlichen kleinen Betrieben (Umsatzeinbußen), hier müsste ein Ausgleich möglich werden.
- ⇒ Keine Frauenquote einrichten, das würde die Handwerksbetriebe diskriminieren, die nicht auf Frauen ausgerichtet werden dürfen oder wo Frauen nicht arbeiten wollen.

- **Eveline Vogel, Wirtschaftsförderung Landkreis Potsdam-Mittelmark**, forderte die Ministerien auf, mit den Landkreisen und der kommunalen Ebene zusammenzuarbeiten.

Sie berichtete über die lokale Arbeitsgemeinschaft „Fläming-Havel“, die parallel auch LEADER-Region ist, mit 80 Mitgliedern (¼ privater Bereich, ¼ Unternehmen, ¼ kommunale Vertreter, ¼ Verbände etc.). Die regionale Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum wird mit einem Regionalmanagement umgesetzt.

Frau Vogel plädierte eindringlich für den Multifondsansatz. Dabei soll auch auf die Erfahrung aus den lokalen Aktionsgruppen zurückgegriffen werden.

Es wäre wichtig, die KMU im ländlichen Raum zu unterstützen und auch ESF für die Qualifizierung einsetzen zu können. Durch die Beteiligung der lokalen Akteure wird aus ihrer Sicht die Akzeptanz in der Region verbessert.

- **Jürgen Neumüller, Infrastruktur & Umwelt**, griff das Thema Transnationalität auf. Gerade wurden die Entwicklungs- und Handlungskonzepte der drei Euroregionen abgestimmt, deren Umsetzung durchaus die Fonds betrifft.

Eine Verzahnung zwischen Mainstreamprogrammen und den transnationalen Programmen lässt sich häufig aus Theorie ableiten, allerdings stellt sich dann die Frage, wie die Umsetzung erfolgen soll. Er fragte, welche strategischen Optionen vorgesehen sind und welche transnationalen Kooperationen die Landesregierung entwickeln möchte. Er wies außerdem auf die Notwendigkeit hin, die bestehenden Netzwerke stärker noch mit den Landesstrategien in Übereinstimmung zu bringen.

Herr Kneifel-Haverkamp führte dazu aus, dass diese Möglichkeiten beim EFRE bisher noch nicht genutzt wurden, es im ESF aber dazu eine Prioritätsachse gab. Gegenwärtig finden dazu Gespräche statt.

- **Dr. Peter Eulenhöfer, ZukunftsAgentur Brandenburg**, stellte auf die Ziele 6, 7 und 9 ab. Die wirtschaftliche Entwicklung sei untrennbar mit Stadtentwicklung, Verkehr und Nachhaltigkeit verknüpft. Dies muss im OP verdeutlicht und untersetzt werden. Erkennbar ist dies schon im bisherigen RWK-Prozess (jetzt angereichert mit Innovation und Clustern).

Die integrierten Ansätze werden auf Landesebene, regionaler und lokaler Ebene gebraucht. Die ZAB will sich in diesen Prozess einbringen, in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften und auch mit den Kommunen.

Im Ziel 6 sieht er eine Reihe von Ansätzen in den wirtschaftspolitischen Strategien:

- ⇒ Recyclingwirtschaft in Kreislaufwirtschaft umwandeln, geschlossene Stoffkreisläufe etablieren
- ⇒ Notwendigkeit von Produktions- und Verfahrensinnovation
- ⇒ Etablierung von Wettbewerben, zum Beispiel zur Kreislaufwirtschaft

Zu Ziel 7 führt er aus, dass die verkehrliche Infrastruktur die Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung ist. Die Unternehmer/innen fragen auch nach der Qualität der Verkehrsanbindung (auch ÖPNV), z.B. damit die Mitarbeiter/innen gut zur Arbeit kommen.

Beim Cluster Mobilität und Logistik gibt es ein Leitprojekt zum Seehafenhinterlandverkehr, hier gibt es erhebliche Wertschöpfungspotentiale.

Zur Elektromobilität: Berlin hat Brandenburg eingeladen, sich am Schaufensterwettbewerb zu beteiligen (eher PKW bezogen, wird wohl nicht die Perspektive sein). Hier käme es darauf an, sich so zu beteiligen, dass das Flächenland Brandenburg seine Potentiale nutzen kann.

Außerdem ist die ZAB gerade dabei, integrierte regionale Ansätze zu entwickeln (Cluster sollen regional umgesetzt werden).

- **Dr. Rolf Strittmatter, ZukunftsAgentur Brandenburg**, sieht große Chance in Zielen 1,3 und 4. Aus Sicht der ZAB ist es wichtig, so viel wie möglich in Ziel 4 realisieren, um damit einen größeren finanziellen Spielraum für reine Innovations- und Technologieprojekte zu schaffen.

Es wird vermutlich weniger Investitionsförderung aus dem EFRE geben. Grundsätzlich ist der Bundesförderung Vorrang vor der Landesförderung, es handelt sich dabei um ein sehr dynamisches System. Daher ist es wichtig, eine gewisse Flexibilität und Offenheit im OP zu erhalten, um nachsteuern zu können.

Hinsichtlich der Umstellung auf revolving Fonds wies er auf die Erfahrung der ZAB hin, dass es Zielgruppen gibt, die Programme, die nicht mehr als Zuschuss gefördert werden, als „nicht gefördert“ wahrnehmen. Verlorene Zuschüsse müssen neu interpretiert werden, es muss dazu Abstimmungsprozesse geben und Meilensteine in den Förderzyklus eingebaut werden. Er forderte dazu auf, nicht von den Fonds (EFRE, ESF und ELER) oder Zielen her zu denken, sondern aus Sicht der Zielgruppen. Die Frage müsste sein, was brauchen die Unternehmen im Land um dann unbürokratische Hilfe und planungssichere Förderung bieten zu können.

➤ **Berndt-Armin Schmidt, Investitionsbank des Landes Brandenburg**, ging kurz auf die in den Veranstaltungen häufig geäußerte Forderung ein, nicht zu abrupt auf Darlehen und Fonds umzustellen. Aus seiner Sicht wird auch in der neuen Förderperiode ein relativ hoher Anteil an Zuschüssen bestehen bleiben.

Wichtig ist eine gewisse Flexibilität im OP, da Änderungen immer sehr langwierig und aufwändig sind. Er griff aus der Stellungnahme der Kammern die Forderung nach einer überschaubaren Förderlandschaft auf, da jedes Programm weniger zu einer Entlastung in der Verwaltung führt. Der Bürokratieaufbau, der sich in der laufenden Förderperiode ergeben hat, ist enorm.

Förderkonkurrenz sollte als Herausforderung gesehen werden, es sollte auch immer geprüft werden, welche Programme der Bund vorbereitet.

Er empfahl, nicht zu lange über das OP sprechen, da sonst wieder zu spät in die tatsächliche Förderung eingestiegen werden kann.

Aus seiner Sicht liegt eine große Bedeutung auf dem Zusammenwirken der Ressorts, da sowohl innerhalb von Fonds als auch beim Multifondseinsatz Dialogbereitschaft gefordert sind. Hier sollte man aus den Erfahrungen der vergangenen und laufenden Förderperiode lernen.

Resümee

Antonia Schneider, Verwaltungsbehörde EFRE, bedankte sich bei der ILB für die Bereitstellung der Räumlichkeiten, die Bewirtung und die Unterstützung bei der Organisation.

Sie fasste noch einmal zusammen, dass von der EU ein enges Korsett vorgegeben sei, einerseits durch die thematischen Ziele, andererseits durch die Konzentration.

Es wird wesentlich weniger Geld als in der aktuellen Förderperiode geben. Hierin liegt die Herausforderung, die Effektivität einiger Programme zu hinterfragen und auch die Zahl der EFRE-kofinanzierten Programme zu reduzieren. Die Förderung kann effektiver werden, wenn die richtigen Weichen gestellt werden. Sie plädierte dafür, die Interessen der Ressorts als Landesinteressen begreifen und über die Ressortgrenzen hinweg zu denken. Politische Förderschwerpunkte wird es nicht mehr geben können.

Es besteht nun die Pflicht zum Nachweis von Handlungsbedarfen. Anhand der Evaluierungsberichte und der sozioökonomischen Analyse wird noch mal geprüft, ob sich die Begründungen für Fördergegenstände wirklich ableiten lassen.

Die Veranstaltungen waren so angelegt, dass die EFRE Verwaltungsbehörde den Stand und die Vorstellungen zur Zukunft vorstellt und die Teilnehmer ihre Gedanken und Anregungen dazu einbringen.

Frau Schneider dankte den Teilnehmer/innen für ihre Anregungen und Vorschläge, die im weiteren Erstellungsprozess berücksichtigt werden.

Zum weiteren Vorgehen führte Frau Schneider aus, dass die Prognos AG mit der OP-Erstellung beauftragt wurde. Die von den Ressorts erstellten Förderskizzen wurden dem OP-Ersteller zugeleitet.

Bis zum 15. November können noch Stellungnahmen zur Zukunft des EFRE bei der Verwaltungsbehörde eingereicht werden. Danach werde auf die Ressorts zugegangen, die Förderskizzen zu modifizieren und Textbausteine für das OP zu erarbeiten. Prognos erstellt daraus ein Fördergerüst, um dann noch vor Weihnachten einen ersten OP-Entwurf zur (voraussichtlich erst landesinternen) Diskussion zu stellen. Vor allem muss sichergestellt sein, dass OP und Landesstrategie vereinbar sind.

Sollte noch im November eine Einigung zum mehrjährigen Finanzrahmen erreicht werden, kann auch ein erster Beitrag zur Mittelverteilung in den OP-Entwurf. Die Firma Regionomica wurde mit der Ex-Ante-Analyse beauftragt.

In 2013 wird der OP-Entwurf mit dem Bund abgestimmt und Mitte 2013, spätestens im Herbst soll das OP bei der EU-Kommission eingereicht werden.

Bitte kontaktieren Sie folgende Adresse, wenn aus Ihrer Sicht Beiträge nicht korrekt wiedergegeben sind: efreinfo@mwe.brandenburg.de

Investition in Ihre Zukunft!



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
www.efre.brandenburg.de